

Verpflichtet dem demokratischen Sozialismus

20 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer sind auch 20 Jahre Ringen um eine linke sozialistische Partei.

Für diesen Anspruch hat sich unsere Partei mit den Ergebnissen vom 27. September günstiger Voraussetzungen erkämpft.

Zugleich haben wir neu die Fragen zu beantworten: Wie wollen wir um eine Gesellschaft ringen, in der soziale Gerechtigkeit, Solidarität und Frieden der Maßstab täglicher politischer Entscheidungen sind? Wer sind dabei unsere Verbündeten? Und wie nutzen wir für dieses Ziel Erfahrungen aus der widersprüchlichen Geschichte linker, demokratischer Kämpfe vor und nach 1989?

Die Gedenktage in diesem November fordern solches Nachdenken heraus. Sie sagen uns, politische Ziele sind nur zu erreichen, wenn in ihnen die wesentlichsten Bedürfnisse und Interessen der Menschen zum Ausdruck kommen und sie im Ringen um die Verwirklichung beteiligt sind. Bei diesem Nachdenken wird auch die Erfahrung erlebbar, dass politische Vorhaben aus vielen kleinen Schritten bestehen und ihre Realisierung Kompromisse einschließt, bestimmt von einer durchdachten Perspektive. Dazu gehören auch Toleranz sowie das Austragen von Widersprüchen und unterschiedlichen Meinungen auf kulturvolle, solidarische Weise. In diesem aktiven Umgang mit Geschichte wird auch erlebbar, dass Niederlagen letztlich notwendige Lernprozesse sind, wesentlich für zu erringende Erfolge. So ist das immer wieder notwendige Nachdenken über die Niederlagen sozialistischer Versuche eine der Bedingungen für unser heutiges Ringen um demokratischen Sozialismus.

■ Anni Seidl, Mitglied des Landesvorstands



Foto: privat

Lauf für Integration am 3.10.2009 Udo Wolf (rechts) und Günter Piening, der Beauftragte für Integration und Migration des Senats, erreichen gemeinsam das Ziel.

So wirkt Links, auch über 2011 hinaus

Berlins Abgeordnete beraten zurzeit den Haushalt des Landes für 2010 und 2011. Ein Tauziehen um kleinere und Millionenbeträge, ausgetragen in unzähligen Debatten in den Ausschüssen. Berlin hat kein Geld, das es mit vollen Händen ausgeben kann. Das wissen alle. Und fest steht inzwischen auch, dass die Entscheidungen der neuen, schwarz-gelben Bundesregierung die Haushaltslöcher der Länder und Kommunen noch größer werden lassen. Die Überlegungen zur Schuldenbremse sind das Papier nicht wert, auf das sie geschrieben wurden. Die Ankündigung, öffentliche Unternehmen steuerlich zu belasten, wird zu höheren Preisen für Müllabfuhr und Nahverkehr führen. Mehr Ungerechtigkeiten im Gesundheitssystem und auf dem Arbeitsmarkt sind vor-programmiert. Um den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS), mit dem in den vergangenen Jahren mehr als 7000 Menschen eine ordentlich bezahlte und sinnvolle Arbeit erhalten haben, werden wir in Berlin und auch in Brandenburg kämpfen müssen.

Wir werden gegenhalten und gerade in diesen Zeiten besonders in die Bereiche der Stadt investieren, die für den sozialen Zusammenhalt und den Fortschritt wichtig sind. Dazu zählt für die Linksfraktion neben einer ordentlichen Bezahlung des öffentlichen Dienstes das Thema Bildung. Erst vor wenigen Tagen ist uns hier ein

wichtiger Durchbruch gelungen. Die Linksfraktion und Teile der SPD haben lange darum gerungen, dass neben der Gebührenfreiheit für die Kita auch das Anliegen des Volksbegehrens für mehr Qualität in den Einrichtungen schrittweise umgesetzt wird. Diese Verbesserungen wurden nun erreicht – nicht gegen, sondern gemeinsam mit dem Senat.

So an die Probleme heranzugehen und sie zu lösen, dafür möchte ich als neuer Vorsitzender der Linksfraktion werben. Denn es gibt noch viel mehr Themen, denen sich Rot-Rot stellen muss. Integration, eine soziale Mietpolitik und der ökologische Umbau der Stadt gehören dazu. Noch ist für manche die Frage, was linkes Regierungshandeln nach fast zwei Legislaturperioden gebracht hat, nicht ausreichend beantwortet. Doch mit unseren Vorhaben und Projekten können wir auch über 2011 hinaus deutlich machen, dass eine linke Stadtregierung für Berlin die bessere Lösung bleibt. Das haben wir in dem Papier „Mit sozialem Fortschritt aus der Krise“, das ich gemeinsam mit Jutta Matuschek, Uwe Doering und Martina Michels zur Diskussion gestellt habe, deutlich gemacht. Zur Bewältigung der dort formulierten Herausforderungen möchte ich ermutigen und einladen.

■ Udo Wolf, Vorsitzender Fraktion DIE LINKE im Abgeordnetenhaus

Thema:

Gernot Klemm folgt Stefan Liebich

Nach seinem Einzug in den Bundestag hat Stefan Liebich (DIE LINKE), der sich als Direktkandidat bei der Bundestagswahl in Pankow durchsetzte, sein Berliner Landtagsmandat zum Ende des Monats Oktober niedergelegt.

14 Jahre lang war der diplomierte Betriebswirt Mitglied im Abgeordnetenhaus, von 2002 bis 2006 Vorsitzender der Fraktion. Für Stefan Liebich rückt Gernot Klemm nach. Klemm war bereits von 1995 bis 2006 Mitglied im Landesparlament. Der Diplompolitologe war stadtentwicklungspolitischer Sprecher. Gernot Klemm arbeitet als Koordinator der Fraktionsvorsitzendenkonferenz der Linken.

Schwanenwerder soll kein Bauland sein

Die Fraktion DIE LINKE im Abgeordnetenhaus hat im Oktober beschlossen, der Umwandlung der Gemeinbedarfsfläche (Jugenderholung) der Insel Schwanenwerder in privates Bauland aus ökologischen und historischen Gründen nicht zuzustimmen. Die Gemeinbedarfsfläche soll zukünftig im Flächennutzungsplan als „Wald“ ausgewiesen werden und öffentlich zugänglich sein. Entstehen könnte eine allgemein zugängliche Freiluftausstellung zur NS-Geschichte des Areals.

Beschluss zum Tempelhofer Feld

Nach den Stellungnahmen von Bezirken und Umweltverbänden zum Flächennutzungsplan für das Tempelhofer Feld fordert die Linksfraktion im Abgeordnetenhaus Korrekturen. Die Planungen müssten die gesamtstädtischen Interessen berücksichtigen, dürften aber die Interessen der angrenzenden Bezirke nicht aus den Augen verlieren. Dort vorhandene Defizite an Grün-, Sport- und Gemeinbedarfsflächen sollten ausgeglichen, die Wohnbaufläche nördlich und südlich des Columbiaquartiers aufgegeben werden. Zu prüfen sei auch, ob die geplante Zentrale Landesbibliothek im Flughafengebäude Tempelhof untergebracht werden könne.

Direkte Demokratie – nicht immer einfach, aber ein Gewinn für die Stadt

Der Verfassungsgerichtshof des Landes Berlin hat Anfang Oktober für zwei Volksbegehren den Weg freigemacht, die der Senat im vergangenen Jahr für unzulässig erklärt hatte. Beim Volksbegehren zur Offenlegung der Verträge über die Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe hatte der Senat argumentiert, die Offenlegung der Verträge sei mit Bundesrecht nicht vereinbar. Das Kitavolksbegehren war dagegen beim Senat am Kostenargument gescheitert.

DIE LINKE hat vor 4 Jahren eine treibende Rolle gespielt, um die Möglichkeiten direkter Demokratie in Berlin zu erweitern. Deshalb liegt Berlin in Sachen Volksentscheide jetzt nicht mehr auf Platz 16, sondern an der Spitze der Bundesländer. Möglichst viele Fragen sollten die Berlinerinnen und Berliner selbst entscheiden können. Klar ist: Wenn man solch rechtliches Neuland betritt, bringt das auch Klärungs- und Lernprozesse mit sich. Das ist nun geschehen. Das Verfassungsgericht hat nun befunden, dass die Berlinerinnen und Berliner über Fragen mit hoher Haushaltsrelevanz abstimmen können, was durchaus in unserem Sinne ist.

Inhaltlich hatten wir ohnehin kaum Differenzen. Wir wollten schon lange eine bessere Qualität von Kita-Bildung und -betreuung. Deshalb ist es ein Erfolg, dass der Senat dem Kita-Volksbegehren weitgehend entgegengekommen ist und dessen Forderungen umgesetzt. Direkte Demokratie wirkt!

Schwieriger liegt der Fall beim Wasservolksbegehren. Ob ein Volksbegehren gegen „höheres“ Recht verstößt, darf der Senat – so das Gericht – nicht vorab prüfen, sondern erst im Anschluss. Es müsste also erst mit großem Aufwand ein Volksentscheid herbeigeführt werden, ohne Gewissheit zu haben, ob dessen Ergebnis am Ende rechtlich auch Bestand hat. Juristisch gesehen ist das konsequent, gilt dieses Verfahren vom Grundsatz her auch für vom Parlament beschlossene Gesetze. Es zwingt alle Beteiligten, sich seriös mit dem Anliegen eines Volksbegehrens auseinanderzusetzen. Dennoch steht die Frage, ob sich nicht Möglichkeiten finden lassen, die für alle Beteiligten schon früher Rechtssicherheit herstellen können. An einer solchen Debatte über die Weiterentwicklung der direkten Demokratie werden wir uns natürlich beteiligen.

In der Sache gilt bis dahin: Wir wollen die Offenlegung der Teilprivatisierungsverträge. Dass wir das Volksbegehren nicht unterstützen, liegt daran, dass wir den hier vorgeschlagenen Weg rechtlich nicht für tragfähig halten. Trotzdem werden wir weiterhin für Transparenz und öffentliche Daseinsvorsorge kämpfen. So oder so – das Gericht hat bestätigt, was DIE LINKE schon länger sagt, dass direkte Demokratie für unsere städtische Politik nicht immer einfach, aber ein Gewinn ist.

■ Klaus Lederer, MdA, Landesvorsitzender



Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales Carola Bluhm übernahm am 15. Oktober den Staffelstab von Heidi Knaake-Werner und wurde vom Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit ernannt. Berlin ist für sie eine Stadt für alle Menschen. Scharf kritisiert sie die schwarz-gelbe Koalition auf Bundesebene: „Das ist eine Koalitionsvereinbarung der sozialen Spaltung. Sie bedeutet ... weniger Brutto und Netto für alle, die von niedrigen Einkommen leben.“



Foto: Daniel Wittmer

Halina Wawzyniak im Straßenwahlkampf 2009 Als eine von 35 Neulingen der LINKEN zog sie in den 17. Deutschen Bundestag ein. Die 76 Mitglieder der Linksfraktion – 40 Frauen und 36 Männer – wählten auf ihrer ersten Klausur Gregor Gysi zu ihrem Vorsitzenden und verabschiedeten ein 10-Punkte-Sofortprogramm (siehe www.linksfraktion.de)

Neu im Bundestag: Halina Wawzyniak

Die stellvertretende Vorsitzende der Partei DIE LINKE und Bezirksvorsitzende von Friedrichshain-Kreuzberg, Halina Wawzyniak, ist über die Berliner Landesliste in den 17. Deutschen Bundestag gewählt worden.

Du bist neu gewählte Abgeordnete. Wie überrascht warst Du?

Ziemlich überrascht. Ich habe mit allem gerechnet, nur nicht mit einem Einzug in den Bundestag. Für mich lag das außerhalb jeglicher Vorstellungskraft. Noch 19 Uhr am Wahlabend habe ich einem Journalisten erklärt, dass der Abend völlig entspannt ist, weil ich sowieso nicht in den Bundestag komme und so alles völlig relaxt beobachten kann.

Die Linksfraktion wirkt politisch sehr bunt gemischt, um nicht zu sagen heterogen – freust Du Dich auf die Zusammenarbeit?

Ich bin gespannt auf die vielen neuen Kolleginnen und Kollegen und freue mich auf die Zusammenarbeit. Ich denke, dass diese Mischung aus Jung und Alt, West und Ost die Fraktion erst richtig spannend macht und jede und jeder vom anderen lernen kann. Wir sollten uns bewusst machen, dass wir hier alle die gleichen Interessen vertreten. Das von der Partei beschlossene Wahlprogramm ist Richtschnur unseres Handelns. Für Strömungsauseinandersetzungen taugt eine Fraktion nicht.

Unterschiedliche Interessen und Lösungsansätze – wie lässt sich in einer solchen Struktur Politik entwickeln?

Es wird irgendwann ganz irdisch, um nicht zu sagen praktisch werden. Da muss dann auf einen konkreten Antrag reagiert werden und wenn es für alle einen gewissen Vertrauensvorschuss gibt, ist das auch lösbar.

Wir müssen gemeinsam aus dem Auftrag des Wahlprogramms konkrete Lösungsangebote entwickeln und da zählen Zuhören und Aufeinanderzugehen. Ich bin ganz optimistisch, dass wir das hinbekommen.

Ihr seid fünf Abgeordnete aus Berlin; welche Rolle werden Länderinteressen spielen?

Sicherlich stehen die Länderinteressen nicht im Mittelpunkt. Es wird nur an der einen oder anderen Stelle um ganz spezielle Länderinteressen gehen. Aber gerade wenn Rot-Rot in Berlin ungerechtfertigt angegriffen wird, stehen wir Berliner Abgeordneten der LINKEN in der Verantwortung, diese Angriffe zurückzuweisen. Es obliegt uns, was vorbildlich läuft in Berlin, immer wieder auch im Bundestag zu thematisieren.

Als Justiziarin der Fraktion kennst Du den Betrieb schon länger. Wird sich Dein Leben nun grundlegend ändern?

Ich hoffe und glaube nicht. Ich will weiterhin meist Fahrrad fahren und möglichst viel eigenständig bearbeiten. Aber das mit dem Kalender-Führen werde ich wohl abgeben müssen, war schon im Wahlkampf ein komisches Gefühl und ist es immer noch. Und ich verfüge das erste Mal in meinem Leben über Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die treten mir hoffentlich auch immer ordentlich auf die Füße, wenn sie den Eindruck haben, jetzt spielt sie verrückt.

■ Das Gespräch führte Natalie Rottka.

Bildungstag der LINKEN 2009

Die Krise: Lehrstück oder Lernbarriere

28.11.2009, 11.00–18.00
ND-Gebäude, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Dieser bundesweite Bildungstag wendet sich vor allem an Mitglieder und Sympathisanten/-innen der LINKEN, die selbst in der politischen Bildung tätig sind und in den Bezirksverbänden und Basisgruppen bzw. im Umfeld der LINKEN Bildungsveranstaltungen durchführen (wollen).

Geplanter Ablauf:

Einleitende Beiträge: Krisenursachen und -auswirkungen

11.00–11.30

Dr. Joachim Bischoff (Mitglied der Hamburger Bürgerschaft): Ursachen und Verlaufsformen der Krise

11.30–12.00 Diskussion

12.00–12.30

Dr. Frieder-Otto Wolf (angefragt): Die Krise der Vergeudungsökonomie

12.30–13.00 Diskussion

13.00–13.30

Dr. Harald Werner: Krise und soziale Psychologie des Neoliberalismus

13.30–14.00 Diskussion

Infostände, Gespräche, Essen und Trinken

14.00–15.00 Mittagspause

Schlussfolgerungen für die innerparteiliche Bildungsarbeit

15.00–16.30

Diskussionsrunde: Probleme und Konzepte einer auf die Krise bezogenen Bildungsarbeit
Mit Dr. Evelin Wittich (Rosa-Luxemburg-Stiftung), Hartmut Obens (DIE LINKE Hamburg), Horst Kraft (ver.di NRW/attac)

16.30–17.30

Arbeitsgruppen: Erarbeitung von Vorschlägen für Bildungsangebote der LINKEN zur Krise

17.30–18.00

Präsentationen der AG-Ergebnisse, Schlusswort

Anmeldungen zum Bildungstag bitte an annegret.gabelin@die-linke-berlin.de oder Tel. 030/24009-280 oder -289

Termine:

8. November

Politischer Frühschoppen im Schloss Biesdorf

Entwurf des Klimaschutzgesetzes in der Diskussion

Mit Petra Pau, MdB, und Senatorin Katrin Lompscher. Musik: Peter M. Haas, 11.00–13.30 Uhr, Schloss Biesdorf, Alt-Biesdorf 55, 12683 Berlin

12. November

Reihe „Kreuzberger Linke Diskurse“

„Vermessung der Utopie“

– Perspektiven jenseits des Kapitalismus

Mit Prof. Elmar Altvater und Raul Zelik
Veranstaltung von „Helle Panke“ e. V. (Eintritt: 1,50 EUR). 19 Uhr, Max und Moritz, Kulturwirthaus, Oranienstr. 162, 10969 Berlin

22. November

Der kleine Buchladen lädt ein:

Eberhard Esche: Ein Stolz, der groß ist.

Letzte Worte.

Mit Jens-Uwe Bogadtke (Lesung und Gesang) und Lexa Thomas (Musik). Eintritt: 10 EUR, Vorverkauf: 8 EUR, ermäßigt 5 EUR
Bitte reservieren: Tel. 030 247 246 83, bestellung@kleinerbuchladen.de
15 Uhr (Einlass 14 Uhr), Karl-Liebknecht-Haus, Eingang Kleiner Buchladen, Weydingerstr. 14–16, 10178 Berlin

23. November

Inflation oder Deflation –

Wie verändern sich die Preise 2010?

Mit Dr. Ulrich Busch und Dr. Klaus Steinitz
Veranstaltung von „Helle Panke“ e. V. (Eintritt: 1,50 EUR). 18 Uhr, Helle Panke, Kopenhagener Str. 9, 10437 Berlin

26. November

Reihe „RENDEZVOUS“

Mehr vom Leben ...

... wollen wir gemeinsam mit Gisela Steineckert, Schriftstellerin. Veranstaltung von „Helle Panke“ e. V. gemeinsam mit dem Demokratischen Frauenbund (Eintritt: 1,50 EUR), 15 Uhr, Helle Panke, Kopenhagener Str. 9, 10437 Berlin

2. Dezember

Evrin Baba, MdA, lädt ein:

Spitzenpositionen. Wie Frauen Männerdomänen und Führungsetagen erobern

Gast: Prof. Dr. Gudrun Doll-Tepfer, Präsidentin des Weltrates für Sportwissenschaft und Leibes-/Körpererziehung, Vizepräsidentin Bildung und Olympische Erziehung des DOSB
18–20 Uhr, Abgeordnetenhaus, Raum 377, Niederkirchnerstr. 5, 10111 Berlin
Bitte anmelden: 030-23252592, elias@linksfraktion-berlin.de

Impressum:

DIE LINKE.

Landesvorstand Berlin

Karl-Liebknecht-Haus

Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Tel. 24 00 93 01, Fax: 24 00 92 60

E-Mail: lv@die-linke-berlin.de

V. i. S. d. P.: Annegret Gabelin

Titel & Gestaltung: WARENFORM

Druck: Druckerei Bunter Hund

Redaktionsschluss: 28. 10. 2009

Kalenderblatt: Herbst 1989 Zeit der Utopie

[...] Der Herbst 1989 brachte für Deutschland und die Linken gravierende Einschnitte: Im Osten Deutschlands griffen große Teile der Bevölkerung unmittelbar in die Politik ein. Heterogene Kräfte mit unterschiedlichen Motiven und Zielen drängten auf die politische Bühne. [...]

Die offizielle Geschichtserzählung und die Jubiläumsfeiern der BRD rücken den Mauerfall in den Mittelpunkt der »friedlichen Revolution« des Herbstes 1989. [...]

DIE LINKE sieht im demokratischen Aufbruch der DDR-Bürger im Herbst 1989 den Versuch einer demokratischen Revolution für eine bessere DDR, der mit der Grenzöffnung am 9. November durch die alte SED-Führung die Spitze genommen und die wenig später unter massiver Einflussnahme der westdeutschen politischen Klasse sowie ihrer Parteien und Institutionen abgebrochen und in eine kapitalistische Restauration übergeleitet wurde. [...]

1989 entlud sich das, was nicht erst seit 1968 in Osteuropa auf der Tagesordnung stand. [...] Meist außerhalb der SED stehende kritische Bürger formierten sich unter dem Dach der Kirche und in Diskussionskreisen, um über Alternativen zu reden. Doch die sprachlos gewordene SED-Führung verweigerte sich dem notwendigen Dialog. Im Zusammenhang mit den gefälschten Kommunalwahlen vom Mai und dem Massenexodus vom Sommer 1989 formierten sich oppositionelle Kräfte zu Bürgerbewegungen. Erst jetzt und viel zu spät erwachten SED-Mitglieder und Funktionäre. Für eine demokratische Revolution mit antistalinistischer Stoßrichtung spricht ebenfalls, dass die Bürgerbewegungen und die meisten Bürger, die im September und Oktober 1989 auf die Straße gingen, eine andere DDR und die Erfüllung der Ideale des Sozialismus einforderten. [...] Die Protestierenden fanden in nachdenklich und zunehmend aufmüpfig werdenden Teilen der SED-Mitgliedschaft Verbündete, die selbst in den Sicherheitsorganen

begriffen, dass dieses Land nicht durch Gewalt ruhiggestellt, sondern nur durch Reformen zu ändern war. [...]

Der Sturz der alten SED-Führung und die Rückkehr der Initiative in die Hände der Bevölkerung, die sich in den vielen Vertrauensabstimmungen in den Betrieben und in der Arbeit der Runden Tische manifestierte, war der Erfolg des Herbstes 1989. Es war der Beginn einer kurzen Utopie im 41. Jahr der DDR, in dem sie ihren Gründungsidealen am nächsten kam. Diese Veränderungen waren nicht in erster Linie das Werk der SED oder ihrer Reformer. Aber ohne das Umdenken in der Partei ist diese Entwicklung gleichfalls nicht zu verstehen. [...] Den Linken bleibt die Erfahrung, dass Krisen über Nacht Massen politisieren können, dass es aber weit schwieriger ist, Proteste und Bewegungen durch Organisation und Programm zu verstetigen. Ihnen bleibt die Erfahrung, dass sie sich in der Krise als Partei des demokratischen Sozialismus neu zu formieren wussten, sich in der politischen Landschaft der Bundesrepublik behaupteten und mit linken Strömungen in den alten Bundesländern zu einer neuen politischen Kraft formieren konnten, die ein breites Spektrum gesellschaftskritischer Kräfte vereint.

■ *Auszüge aus einer Erklärung der Historischen Kommission beim Parteivorstand der LINKEN, die von Dr. Stefan Bollinger und Prof. Jürgen Hofmann erarbeitet wurde*

Quellen: Neues Deutschland, 12./13.9.09, Seite 24 (gekürzte Fassung)
Erklärung der Historischen Kommission der Partei DIE LINKE: Der 60. Jahrestag der doppelten deutschen Staatsgründung 1949 und der 20. Jahrestag des Epocheumbruchs 1989
http://die-linke.de/partei/weitere_strukturen/berufene_gremien/historische_kommission

28. November, 10 bis 17 Uhr

3. Tagung des 2. Landesparteitages

Max-Taut-Aula, Fischerstr. 36, 10317 Berlin (Nähe S-Bhf. Nöldnerplatz)

Vorschlag für die Tagesordnung:

- DIE LINKE in Berlin bis 2011
- Debatte und Beschlussfassung
- Wahl der Mitglieder des Landesausschusses aus den IG/AG
- Wahl der Mitglieder des Bundesausschusses

Service

DIE LINKE.